

Stand: 09.02.2026 05:54:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16087

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16087 vom 22.03.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16128 des BU vom 28.03.2017
3. Beschluss des Plenums 17/16209 vom 29.03.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 29.03.2017



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU,**

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung),

**COM (2016) 861 final,
BR-Drs. 186/17**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17 Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Der Verordnungsvorschlag in der vorliegenden Form lässt sich nicht auf eine für ein Tätigwerden der EU erforderliche Rechtsgrundlage stützen. Der Vorschlag bedeutet einen Eingriff in das Recht der Mitgliedstaaten, die Bedingungen für die Nutzung ihrer Energieressourcen, ihre Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur ihrer Energieversorgung selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV). Die EU verfügt in diesem Bereich über keine umfassende Rechtsetzungs- und Harmonisierungskompetenz.

Es liegt auch insoweit ein Verstoß gegen den Subsidiaritätsgrundsatz (Art. 5 Abs. 3 des Vertrags über die Europäische Union – EUV) vor, als dass viele der vor-

geschlagenen Maßnahmen ausreichend auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffen werden. Ein Tätigwerden auf Unionsebene ist nicht geboten.

Art. 11 des Verordnungsentwurfs schränkt den im deutschen Recht vorgesehenen generellen Einspeisevorrangs für Strom aus erneuerbaren Energien ein. Es besteht die Gefahr, dass die Einschränkung des Einspeisevorrangs die – gerade in Deutschland sehr erfolgreich verlaufende – Energiewende zum Erlahmen bringt. Dies widerspricht dem Ziel der Dekarbonisierung der Energieversorgung. Die erhebliche Einschränkung des Einspeisevorrangs berührt das Recht Deutschlands, die Nutzung seiner Energieressourcen selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 AEUV).

Die Kompetenzübertragung an die Kommission für die Entscheidung über die Gebotszonenkonfiguration berührt das Recht Deutschlands, die allgemeine Struktur der Energieversorgung selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 AEUV). Die zu befürchtende Aufteilung bestehender gemeinsamer Gebotszonen steht zudem im Widerspruch zum Ziel eines einheitlichen EU-Binnenmarkts.

Die Errichtung regionaler Betriebszentren (ROC) als Ergänzung zu den bereits bestehenden Aufgaben der Übertragungsnetzbetreiber in der vorgeschlagenen Form ist entbehrlich. Die Kommission hat nicht dargelegt, weshalb es neben dem bereits existierenden Format der ENTSO (Strom) noch eines weiteren formellen Koordinierungsgremiums bedarf. Es steht zu befürchten, dass unnötige Doppelstrukturen geschaffen werden, die letztlich zu Schwierigkeiten bei der Kompetenzabgrenzung sowie zu unklaren Letzterantwortlichkeiten und gravierenden Haftungsfragen führen. Insbesondere zentrale Versorgungssicherheitsaspekte sollten auch weiterhin von den einzelnen Mitgliedstaaten eigenständig bearbeitet werden können.

Die Harmonisierung der Netzentgelte auf Verteilernetzebene wird den Besonderheiten der vielen lokalen Verteilernetzbetreibern nicht gerecht. Der Einfluss der Verteilnetzentgelte auf den Strompreis ist verhältnismäßig gering und im Übrigen örtlich begrenzt, so dass es im Regelfall bereits an jedweder grenzüberschreitenden Bedeutung fehlt. Die beschränkten Wirkungen der Verteilnetzentgelte auf die Strommärkte erfordern daher – auch zur Wahrung der Subsidiarität – kein europäisch koordiniertes Vorgehen. Die geplante neue Ermächtigung der Kommission, verbindliche Leitlinien für die nationalen Verteilungstarifsysteme zu erlassen und insbesondere Netzkodizes für Verteilungstarifstrukturen vorzugeben, stellt eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips dar, da dies auf nationaler Ebene wesentlich besser geschafft werden kann, als auf europäischer Ebene.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,
Dr. Martin Huber u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/16087**

Subsidiarität

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments
und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung),
COM (2016) 861 final,
BR-Drs. 186/17**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Franz Rieger**
Mitberichterstatter: **Georg Rosenthal**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 28. März 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dörow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/16087, 17/16128

**Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17**

Drs. 17/16087, 17/16128

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17 Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Der Verordnungsvorschlag in der vorliegenden Form lässt sich nicht auf eine für ein Tätigwerden der EU erforderliche Rechtsgrundlage stützen. Der Vorschlag bedeutet einen Eingriff in das Recht der Mitgliedstaat-

ten, die Bedingungen für die Nutzung ihrer Energieressourcen, ihre Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur ihrer Energieversorgung selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV). Die EU verfügt in diesem Bereich über keine umfassende Rechtsetzungs- und Harmonisierungskompetenz.

Es liegt auch insoweit ein Verstoß gegen den Subsidiaritätsgrundsatz (Art. 5 Abs. 3 des Vertrags über die Europäische Union – EUV) vor, als dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffen werden. Ein Tätigwerden auf Unionsebene ist nicht geboten.

Art. 11 des Verordnungsentwurfs schränkt den im deutschen Recht vorgesehenen generellen Einspeisevorrangs für Strom aus erneuerbaren Energien ein. Es besteht die Gefahr, dass die Einschränkung des Einspeisevorrangs die – gerade in Deutschland sehr erfolgreich verlaufende – Energiewende zum Erlahmen bringt. Dies widerspricht dem Ziel der Dekarbonisierung der Energieversorgung. Die erhebliche Einschränkung des Einspeisevorrangs berührt das Recht Deutschlands, die Nutzung seiner Energieressourcen selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 AEUV).

Die Kompetenzübertragung an die Kommission für die Entscheidung über die Gebotszonenkonfiguration berührt das Recht Deutschlands, die allgemeine Struktur der Energieversorgung selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 AEUV). Die zu befürchtende Aufteilung bestehender gemeinsamer Gebotszonen steht zudem im Widerspruch zum Ziel eines einheitlichen EU-Binnenmarkts.

Die Errichtung regionaler Betriebszentren (ROC) als Ergänzung zu den bereits bestehenden Aufgaben der Übertragungsnetzbetreiber in der vorgeschlagenen Form ist entbehrlich. Die Kommission hat nicht dargelegt, weshalb es neben dem bereits existierenden Format der entsoe (Strom) noch eines weiteren formellen Koordinierungsgremiums bedarf. Es steht zu befürchten, dass unnötige Doppelstrukturen geschaffen werden, die letztlich zu Schwierigkeiten bei der Kompetenzabgrenzung sowie zu unklaren Letztverantwortlichkeiten und gravierenden Haftungsfragen führen. Insbesondere zentrale Versorgungssicherheitsaspekte sollten auch weiterhin von den einzelnen Mitgliedstaaten eigenständig bearbeitet werden können.

Die Harmonisierung der Netzentgelte auf Verteilernetzebene wird den Besonderheiten der vielen lokalen Verteilernetzbetreibern nicht gerecht. Der Einfluss der Verteilnetzentgelte auf den Strompreis ist verhältnismäßig gering und im Übrigen örtlich begrenzt, so dass

es im Regelfall bereits an jedweder grenzüberschreitenden Bedeutung fehlt. Die beschränkten Wirkungen der Verteilnetzentgelte auf die Strommärkte erfordern daher – auch zur Wahrung der Subsidiarität – kein europäisch koordiniertes Vorgehen. Die geplante neue Ermächtigung der Kommission, verbindliche Leitlinien

für die nationalen Verteilungstarifsysteme zu erlassen und insbesondere Netzkodizes für Verteilungstarifstrukturen vorzugeben, stellt eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips dar, da dies auf nationaler Ebene wesentlich besser geschafft werden kann, als auf europäischer Ebene.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter den Nummern 2 und 3 aufgeführten Subsidiaritätsangelegenheiten, Bundesratsdrucksachen 186/17 und 187/17 betreffend die gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt bzw. deren Neufassung, beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Es sind dies die Drucksachen 17/16087 und 17/16088 sowie die Beschlussempfehlungen auf den Drucksachen 17/16128 und 17/16129. Die Beratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die
Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss
und den Ausschuss der Regionen:
Hin zu einem positiven fiskalischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet
COM (2016) 727 final
BR-Drs. 678/16
Drs. 17/15401, 17/16073

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen
zu den Nrn. 1 – 3 und Nrn. 5 – 6 der Stellungnahme (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen
zu Nr. 4 der Stellungnahme (G)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,
Dr. Martin Huber u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung),
COM (2016) 861 final,
BR-Drs. 186/17
Drs. 17/16087, 17/16128 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	A

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,
Dr. Martin Huber u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates
mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung),
COM (2016) 864 final,
BR-Drs. 187/17
Drs. 17/16088, 17/16129 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	A

Verfassungsstreitigkeit

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Februar 2017 (Vf. 4-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des § 1 Abs. 3 Nr. 1 der Verordnung der Landeshauptstadt München über das freie Umherlaufen von großen Hunden und Kampfhunden (Hundeverordnung) vom 26. Juni 2013 (Amtsblatt der Landeshauptstadt München 2013, 272),
 2. des Unterlassens der Landeshauptstadt München, in dieser Verordnung Bestimmungen zu anderen Hunden als großen Hunden und Kampfhunden zu treffen
- PII/G 1310.17-0003
Drs. 17/16016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



Anträge

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Integrationszentren in Bayern einrichten
Drs. 17/8419, 17/16029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU



SPD



FREIE WÄHLER

ENTH

GRÜ



6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Integration I: Bessere Unterstützung der Kommunen
bei den Herausforderungen der Integration
Drs. 17/9053, 17/16030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Integration II: Amt der Integrationsbeauftragten / des Integrationsbeauftragten
unabhängig gestalten!
Drs. 17/9054, 17/15782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Integration III: Tätigkeitsbericht des Integrationsbeauftragten der Staatsregierung
Drs. 17/9055, 17/15783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Integration IV: Anhörung zur Weiterentwicklung des Bayerischen
Integrationskonzepts
Drs. 17/9056, 17/15565

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Stellungnahmen zur Verbandsanhörung Bayerisches Integrationsgesetz veröffentlichen
Drs. 17/11324, 17/16069 (E) [X]

Auf Antrag der CSU-Fraktion:

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Aufklärung über Antibiotikaeinsatz in bayerischen Schweinehaltungen
Drs. 17/14689, 17/15865 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) S-Bahn Netz Nürnberg: Ausbaustufe 3 jetzt in Angriff nehmen I – Planungs- und Finanzierungsvereinbarung für Korridor Nord-Ost
Drs. 17/14693, 17/15849 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) S-Bahn-Netz Nürnberg: Ausbaustufe 3 jetzt in Angriff nehmen II – Korridoruntersuchung West neu überarbeiten
Drs. 17/14694, 17/15848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern I – Sozialkunde ab Klasse 8 für alle Schülerinnen und Schüler
Drs. 17/14695, 17/16057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern II – Mehr Gestaltungsspielräume für politische Bildung als fächerübergreifenden Auftrag
Drs. 17/14696, 17/16080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern III – Echte Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler
Drs. 17/14697, 17/16081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern IV – Demokratiebildung in der Lehrkräfteaus- und Fortbildung stärken
Drs. 17/14698, 17/16082 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern V – Mehr Lehramtsstudierende für politische Bildung gewinnen
Drs. 17/14699, 17/16059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Umsetzung der Gesundheitsregionen plus
Drs. 17/14772, 17/16035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Tarifbeschäftigte der Bayerischen Polizei im Schicht- und Wechselschichtdienst
Drs. 17/14777, 17/15845 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Wissenschaftsstadt Nürnberg stärken –
Teil-Umzug der Tech-Fak nach Nürnberg sicherstellen!
Drs. 17/14784, 17/16063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Hochschulentwicklungskonzept für Nürnberg
Drs. 17/15010, 17/16064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Qualität der bayerischen Milcherzeugnisse transparent und ehrlich darstellen – Kennzeichnung von Milchprodukten einheitlich regeln
Drs. 17/14826, 17/15866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Aufklärung und vernünftiges Wolfsmanagement statt Panikmache und Abschussforderungen
Drs. 17/15062, 17/16041 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU)
Umgang mit der Wolfspopulation in Bayern
Drs. 17/15063, 17/16042 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wolf in Bayern – Management voranbringen, Prävention fördern, Aufklärung betreiben
Drs. 17/15139, 17/16043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Klimaschutz: Ambitionierte Ziele setzen und Maßnahmen in Bayern umsetzen
Drs. 17/15164, 17/16044 (A)

Auf Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER:
Votum des mitberatenden
Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Mindestlohn sicherstellen – engmaschige Kontrollen gewährleisten!
Drs. 17/15175, 17/16052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Klaus Adelt u.a. SPD
Überprüfung der Kreditvergabeprozesse bei der Bayerischen Landesbank
Drs. 17/15196, 17/16076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschungsprojekt „Nano in Bayern – sicherer Umgang mit Nanomaterialien“
Drs. 17/15197, 17/15867 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,
Robert Brannekämper u.a. CSU
Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Gleichstellungsbeauftragten an den
bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften
Drs. 17/15275, 17/16067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Rechtssicherheit für Ferkelerzeuger schaffen
Drs. 17/15277, 17/16045 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Verordnung zum Krebsregistergesetz vorlegen!
Drs. 17/15330, 17/16036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Planungssicherheit am Gymnasium herstellen –
Brüche in der Schulzeit verhindern
Drs. 17/15331, 17/16058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Biokraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft steuerlich weiter fördern
Drs. 17/15333, 17/16077 (E)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Nulltoleranz für den Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt –
keine Gentechnik auf Bayerns Fluren durch die unzureichende
Novellierung des Gentechnikgesetzes!
Drs. 17/15334, 17/16046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Bürgerbeteiligungsverfahren zur Zukunft der Europäischen Agrarpolitik konstruktiv gestalten – Expertenanhörung zur Entwicklung einer sozialen und nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020
Drs. 17/15348, 17/16068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Alexandra Hiersemann, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Abschiebungen nach Afghanistan
Drs. 17/15349, 17/16054 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erkenntnisse der Expertenanhörung ernst nehmen – sofortiger Stopp des
Gesetzgebungsverfahrens für ein Bayerisches Krebsregistergesetz
Drs. 17/15351, 17/16037 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Markt für heimische Pflanzenöl- und Biodieseltreibstoffe wiederbeleben
Drs. 17/15352, 17/16074 (E)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU)
Bayern weiterhin gentechnikanbaufrei!
Drs. 17/15353, 17/16048 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,
Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Stallpflicht für Geflügel infolge der Vogelgrippe –
keine Wettbewerbsverzerrung durch einheitliche Regelungen
und Einfordern der Solidarität des Lebensmitteleinzelhandels
Drs. 17/15354, 17/16049 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Bayerische Geflügelhalter brauchen eine Lösung
Drs. 17/15355, 17/16050 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur „Regionalen Kulturförderung“
Drs. 17/1809, 17/15818

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierungskonzept des 2. S-Bahn-Stammstreckentunnels transparent darlegen und Finanzierung aller anderen Schienenverkehrsprojekte in Bayern sicherstellen
Drs. 17/13816, 17/16051

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rechtzeitig notwendige Maßnahmen zum Schutz vor dem Wolf ergreifen!
Drs. 17/15031, 17/16040 (G) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Risikobewertung bei Vogelgrippe: Maßnahmen unverzüglich analog zu Baden-Württemberg umsetzen, Geflügelpest-Verordnung anpassen
Drs. 17/15335, 17/16047 (A) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>